

Hinweis:

Die Beschwerdeführerin hat dem Stadtpräsidenten per E-Mail mitgeteilt, dass sie mit der öffentlichen Namensnennung einverstanden ist.

Beschwerde nach § 16 e Gemeindeordnung: Verstöße gegen die Verschwiegenheitspflicht, gegen die gewissenhaften Erfüllung der Aufgaben, gegen Gemeindeordnung Schleswig-Holstein, gegen Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein, gegen Einwohnerrecht
[Alle Zitate aus: Dehn, Klaus-Dieter † / Wolf, Thorsten Ingo: Gemeindeordnung Schleswig-Holstein. Kommentar, 18. Aufl., Wiesbaden 2023].

Verstoß gegen Verschwiegenheitspflicht § 32(3) Gemeindeordnung SH:

Seit der Amtsübernahme von Herrn Kaser werden vertrauliche Inhalte an die freie Presse “durchgesteckt”. Das Hamburger Abendblatt zitiert am 8.2.2024 (Büll: Rathaus Tyrann?...) ausführlich aus einem vorliegenden Schreiben des Innenministerium vom 25.01.2024, das an Herrn Kaser und Herrn Fresch (zur Kenntnisgabe an die Ratsmitglieder) gerichtet war. Zumindest in diesem Fall kommen nur Ratsmitglieder als mögliche Informanten der Presse in Frage. Die vorsätzliche Verletzung der Verschwiegenheitspflicht stellt eine Ordnungswidrigkeit dar (§ 134(3)2 Gemeindeordnung).

Das Vertrauen in eine rechtmäßige Amtsführung des Rates wird nicht allein durch die Weitergabe vertraulicher Informationen an die Presse gestört, sondern auch durch die fehlende Bereitschaft das „Durchstecken“ zu missbilligen, geschweige denn Sachverhalte zu ermitteln oder präventiv tätig zu werden (Anzeige gegen Unbekannt?). Würde Verstößen gegenüber genauso gleichgültig reagiert, wenn es nicht um Bürgermeisterangelegenheiten ginge?

„Ein Beschluss der Gemeindevertretung... die Öffentlichkeit auszuschließen beinhaltet zugleich die Anordnung, die Angelegenheit geheim zu halten (Dehn GO § 21(2), Anmerk. 2, S. 213). Wiederholt in die Öffentlichkeit getragene Äußerungen wie „Die meisten Schwierigkeiten werden im Verborgenen diskutiert. Weil wir als Rat nicht darüber sprechen dürfen. Zum Schutz für Sie Herr Kaser“ (Fisauli-Aalto, Rat 22.02.2024) missachtet bereits diese Anordnung und gibt vorsätzlich Raum für Spekulationen.

Rede von Frau Fisauli-Aalto für die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Wedel, Donnerstag, den 22. Februar 2024:

A.) Nichtzuständigkeit des Rates, Verstoß gegen § 45b(5) Gemeindeordnung SH

Die Rede ist nicht betitelt, faktisch handelt es sich um eine Beschwerde über die Amtsführung des Bürgermeisters mit Unterstellungen und Scheinfragen. Für eine Beschwerde / Rüge ist der Haupt- und Finanzausschuss als Dienstvorgesetzter des Bürgermeisters, zuständig, nicht der Rat:

“Eine einfache Rüge der Amtsführung bedarf dagegen keiner Ausführung, sondern muss d. Betreffenden lediglich zur Kenntnis gegeben werden. Insofern ist zu berücksichtigen, dass missbilligende Äußerungen bei hauptamtlich verwalteten Gemeinden und Städten in die Kompetenz des Hauptausschusses fallen (§ 45b Abs. 5 GO)” [Dehn: Zu § 29 Abs. 1(2) “Anmerkung 4, S. 290)].

War der Stadtpräsident nicht über das Vorhaben seiner Fraktionskollegin informiert, und hätte es nicht die Möglichkeit gegeben, diese im Vorfeld auf die Zuständigkeit des HFA hinzuweisen? Wenn nicht, hätte nach der Verlesung der Rede an den HFA verwiesen werden müssen.

B.) Verstoß gegen die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wedel, § 9 Anfragen ; Verstoß gegen Gemeindeordnung SH § 30(1) (Kontrollrecht):

Zu Anfragen: [Dehn zu § 30 Abs. 1, S. 296, Anmerk. 11]: "Inhaltlich setzt das Auskunftsrecht voraus, dass eine konkrete Frage zu einem bestimmten Sachverhalt gestellt wird"

Zur Verdeutlichung, in den 5 Seiten Text kommen eingestreut folgende Sätze mit Fragezeichen vor:

- Aber wer schützt die anderen? (S. 1)
- Ich frage mich, was haben Sie in diesen neun Monaten gemacht, damit sich die Lage entschärft? (S. 2)
- Seite 3: Was wird dann mit den vielen Aufgaben passieren, die Wedel zu bewältigen hat? An welcher Stelle werden es die Wedeler Bürgerinnen und Bürger zuerst spüren?
- Was kostet uns diese Gesamtsituation? Wenn 200 Rathausmitarbeitende nur eine halbe Stunde am Tag aus Fürsorge in den Austausch mit Kollegen gehen und nicht leistungsfähig sind?
- Wenn das Justizariat und die Personalabteilung mehr Personalangelegenheiten bearbeiten müssen? Vielleicht noch Anwaltskosten dazukommen?
- Wenn weiterer Produktivitätsverlust droht und Fluktuationskosten entstehen?
- Und sich Kosten entwickeln für die Nachbesetzung weil keiner nach Wedel kommen will?
- Seite 4: Warum kommunizieren Sie lieber auf Facebook als über normale Wege in die Verwaltung oder in die Öffentlichkeit?
- Warum kommt es wiederholt zu Falschaussagen?
- Warum stellen Sie sich nicht schützend vor Ihre Verwaltung wenn diese bei Facebook wiederkehrend attackiert werden? Sowohl die hauptamtliche als auch die ehrenamtliche Verwaltung?
- Warum gehen einige Leute nur noch zu zweit zu ihnen in ein Gespräch?
- Warum können Sie öfters keine Termine wahrnehmen oder, sagen Sie kurzfristig ab?
- Warum antworten Sie nicht auf jede Mail?
- Seite 5: Sind sie willens und in der Lage die drängenden Probleme der Stadt wirklich anzupacken und zu lösen? Wenn es schon an der Grundbasis scheitert?

Dehn, zu § 36(2), S. 400, Anmerkung 8 : "Rechtsmissbräuchlich und damit unzulässig sind auch Schein- oder Suggestivfragen ohne realen Hintergrund und Fragen "lediglich ins Blaue hinein" (OVG Bbg, LKV 1999, S. 34)

Als konkret stellt sich lediglich die Frage nach Maßnahmen auf S. 2 da, die sich auf schlechte Umfragewerte beim Personal bezieht. Der Bürgermeister verwies hier auf ein anstehendes Gespräch mit dem Personalrat. Alles andere sind unzulässige Schein- und Suggestivfragen.

Warum ist der vorproduzierte fünfseitige Text nicht spätestens am Sitzungstag in die Bürgerinformation eingestellt worden? Wieso ist dem Bürgermeister, der vehement (mit Verweis auf anwesende Presse) zu Antworten aufgefordert wurde, der Text nicht mindestens zum Mitlesen zur Verfügung gestellt worden, wären ernsthaft aus dem Stehgreif Antworten erwartet worden?

C.) Verstoß gegen die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Wedel, § 2(1):

"Die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident leitet die Sitzungen des Rates unparteiisch. Sie oder er hat die Würde und die Rechte des Rates zu wahren".

In der Sitzung des Rates der Stadt Wedel am 22.02.2024 wurde die Würde des Rates nicht gewahrt. Unabhängig von der Zuständigkeit, nicht nur in Anbetracht der noch folgenden umfangreichen Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil, hätte die "Aussprache" eher beendet werden müssen. Die Presse titulierte zutreffend "Schlammschlacht".

Fazit/Beschwerde: Für ahnungslos bei der Sitzung Teilnehmende war es offensichtlich, dass der Bürgermeister vor größtmöglicher Öffentlichkeit (Rat statt HFA, auch deshalb schon mehr Presse) vorgeführt werden sollte. 35 gegen Einen ist eindrucksvoller als es bei 10 gegen 1 im HFA, unter anderer Leitung und vorbereiteten Bürgermeister gewesen wäre. Äußerungen vom Rat wurden akustisch unterstützt, die ungewöhnlich hohe Besucherzahl bei „normalen“ Tagesordnungsprogramm im öffentlichen Teil, welches ja bis dahin auch zügig abgearbeitet worden war, ist nur durch vorab informiertes Publikum erklärbar.

Inhaltlich brachte die Rede keine neuen Tatsachen, sorgte aber für erneut negative Presseveröffentlichungen.

Aussagen von Ratsmitgliedern in der Presse sowie den sozialen Medien konnte entnommen werden, dass bereits der alte Rat (vor Juni 2023) Überlegungen zur Bürgermeisterabwahl angestellt hatte, und diese Überlegungen im neuen Rat kontinuierlich verfolgt worden sind. Jegliche öffentliche Negativmeldungen in Bezug auf den Bürgermeister begünstigen dieses Vorhaben.

Durch solchen Verhalten schädigt der Rat das Ansehens des Organs und der Stadt.

Beschluss des Rat der Stadt Wedel vom 22.02.2024: Mitgliedschaft bei Wedel Marketing e.V. hier: Antrag zur Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 25.01.2024:

A) **Schuldabwälzung:** Die Begründung des Rates zur Aufhebung des Beschlusses basiert nicht auf der Einsicht einen rechtswidrigen Beschluss gefasst zu haben. Angeführt wird Entgegenkommen des Rates aufgrund eines „Besserungsgelöbnisses“ des Bürgermeisters und damit Schuldumkehr.

Die Begründung ist scheinheilig und unglaubwürdig. In der Sitzung am 25.01.2024 deutete nichts auf ein „neues Miteinander“, was der Rat am 22.2.24 vorgibt, festgestellt zu haben. Die nur Minuten später folgende „Brandrede“ entlarvt die Unglaubwürdigkeit.

Der Ausgangsbeschluss vom 25.01.2024 ist, trotz nachvollziehbarer Bedenken aus der WSI und Widerspruchsankündigung seitens des Bürgermeisters, vom Rat getroffen worden. Wer Fehler macht sollte dazu stehen, der Rat tut es nicht.

B) **„Wer im Glashaus sitzt...“:** Kritik, Herr Kaser habe den Widerspruch in den sozialen Medien gepostet. überzeugt nicht, da in etwa zeitgleich der Rat seinen Aufhebungsantrag an die Presse gegeben hat, dies ist aber zudem zusätzlich mit Vorwürfen unterfüttert worden. So, dass der Bürgermeister nicht zum EDiMo gegangen war, oder „Nun ist also der Einspruch Kasers überflüssig geworden“ (beides Abendblatt 7.2.24). Letzteres ist widerlegbar, da mit verschiedenen rechtlichen Auswirkungen verbunden, wurde aber als Tatsache und mit indirekten Vorwurf (der Nichtrücknahme des Widerspruchs) in den Raum gestellt. Der Rat wirft mit Steinen.

C) Der letztmalige Widerspruch gegen einen Gremienbeschluss unter Bürgermeister Schmidt (BV/2022/043 für den Planungsausschuss am 03.05.2022, <https://www.wedel.sitzung-online.de/public/to020?TOLFDNR=1006744&SILFDNR=1000204>) ist erkennbar von der Justiziarin erstellt worden. Bürgermeister Kaser wird auf <https://wedel-politik.de/> diesbezüglich Verstoß gegen Datenschutzbestimmungen vorgeworfen. Auf welche Vorschriften bezieht sich das? Hat es seit 03.05.22 gesetzliche Änderungen gegeben, die den den jetzigen Vorwurf rechtfertigen? Warum sollte die Justiziarin in ihrer speziellen Funktion nicht benannt werden dürfen? Wer anklagt, muss auch belegen!

Verstöße in Zusammenhang mit dem Personalrat:

A) In der Sitzung des Rates der Stadt Wedel am 23.11.2023 hat ein nach § 83 MBG Sch.-H. nicht berechtigtes Personalratsmitglied* am nicht öffentlichen Sitzungsteil teilgenommen.

B.) In der Sitzung des Rates der Stadt Wedel am 28.03.2024 verlas mit Frau Matthies ein nicht berechtigtes Personalratsmitglied. Außerdem wurde Rederecht ohne vorherigen Beschluss gewährt. Frau Matthies wurde, entgegen der Geschäftsordnung, im Protokoll nicht als Gast(?) oder Funktionsinhabende in der Anwesenheitsliste aufgeführt. Und sollte ein Schreiben, das den gesamten Personalrat vertreten soll, nicht gezeichnet sein?

Grundsätzlich sind Personalratsangehörige nicht nach Belieben zu den Sitzungen hinzuzuziehen, die Bestimmungen:

Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein - MBG Schl.-H, § 83: (Gemeinden, Ämter, Kreise und Zweckverbände): (1) Unterliegen Maßnahmen (§ 51) der Entscheidung der Gemeindevertretung, des Amtsausschusses, des Kreistages, der Verbandsversammlung oder vergleichbarer Organe, so finden §§ 52 bis 55 keine Anwendung. Steht eine Entscheidung nach Satz 1 bevor, unterrichtet die Dienststellenleitung unverzüglich und unbeschadet des § 49 den Personalrat hiervon. Das den Vorsitz führende Mitglied des Personalrates ist berechtigt, vor der Entscheidung an den Sitzungen dieser Organe für die Dauer der Beratung über die Maßnahme teilzunehmen. Es kann die Auffassung des Personalrates darlegen und an der Erörterung der Maßnahme teilnehmen. In Gruppenangelegenheiten tritt in den Fällen des § 28 Abs. 3 und 4 das von der Gruppenvertretung gewählte Vorstandsmitglied hinzu.

(Nach Angaben auf der Seite des Personalrats auf <https://www.wedel.de> wären dann Frau Wild als Personalratsvorsitzende (Beamte) und Herr Renk als 1. stellv. Vorsitzender (Beschäftigte) berechtigt)

Dehn: GO § 34, Anmerk 12, S. 363: Es ist nicht möglich durch die Geschäftsordnung außenstehenden Rede- oder gar Antragsrechte in der Gemeindevertretung einzuräumen. Dies verbietet sich, weil diese Rechte grundsätzlich nur den Gemeindevert. zustehen. Soweit andere Personen Rederecht haben, ist dies abschließend gesetzlich geregelt (...Personalratsvorsitzende soweit Personalratsentscheidungen für Mitarb. i. S. von §§ 55 Abs. 1 Nr. 4 und 65 Abs. 1 Nr. 4 GO getroffen werden, § 83 MBG). diese Regelungen schließen eine Erweiterung von Rede- und Antwortrechten aus“.

Unwahrheit in der Einwohnerfragestunde des Rates der Stadt Wedel am 28. März 2024:

Aus dem Allris-Protokoll: "Frau Wohlers möchte wissen, welche Legitimierung der Ältestenrat habe, eine Pressekonferenz abzuhalten. Das sei ein internes Gremium, das keine Kompetenz habe, etwas nach außen zu tun. Frau Süß antwortet, dass die Fraktionsvorsitzenden eingeladen hätten, nicht der Ältestenrat. Und diese dürften das".

Fakt ist aber, dass die Einladung als Schreiben des Ältestenrat an die Presse gegangen ist, so schreibt auch das Hamburger Abendblatt:

„Nach der Ratsversammlung am Gründonnerstag folgt im Anschluss auch eine vom Ältestenrat der Stadt Wedel initiierte Presserunde zur Begründung des Antrags...“ (Abwahl von Wedels Bürgermeister Kaser – so geht es weiter, 21.03.2024, Frederik Büll).

Frau Süß hatte in der Sitzung hinzugefügt, es handle sich um einen Kopierfehler. Jedoch ist nicht nur mit dem Briefkopfpapier, sondern auch innerhalb des Textes der Ältestenrat als Urheber genannt: „...lädt der Ältestenrat der Stadt Wedel alle Pressevertreter...“. Kopierfehler, wie soll das bitte 2x in dieser Form gehen? In der Sitzung wurde hierzu eine Erklärung verweigert. Solange keine nachvollziehbare Begründung erfolgt, kann die Aussage „Kopierfehler“ nur als Lüge eingeordnet werden.

Könnte es sein, dass die Fraktionsvorsitzenden vermeiden wollten, einen Antrag für die Benutzung eines Saals im Rathaus zu beantragen zu müssen? Und vielleicht deshalb im Vorfeld, und dem Bürgermeister gegenüber, als Gremium Ältestenrat aufgetreten sind? Wird es jetzt eine Erklärung geben?

Es fördert nicht das Vertrauen in den Rat, wenn die Einwohnerschaft mit Unwahrheit abgespeist wird.

Regina Wohlers
Wedel, den 08.05.2024

Rat der Stadt Wedel, Sitzung am 16.5.2024, hier BV/2024/016
Stadtparkasse Wedel, Stellungnahme des Trägers hier Zweigstellenschließung Moorweg

Ich möchte zu der geplanten Schließung der Zweigstelle Moorweg aus Sicht des Seniorenbeirates der Stadt Wedel folgendes anmerken:

Derzeit gibt es gemäß der Internetseite der Stadtparkasse neben der Hauptstelle in der Gorch-Fockstraße die SB-Filiale Rissener Straße, den Geldautomaten Marienhof sowie die SB-Filiale Moorweg. Sowohl an der Rissener Straße wie auch am Moorweg gibt es einen Geldautomaten mit Einzahl- und Auszahlungsfunktion sowie mit Ladefunktion für eine Geldkarte und einen Kontoauszugsdrucker. Am Marienhof kann dagegen lediglich Geld abgehoben sowie wohl der Kontostand am Automaten erfragt werden.

Nach unserer Sicht ist es notwendig für Bürger ohne ein Online-Konto – dies betrifft auch ältere Bürger - einerseits über Bargeld zu verfügen, es einzahlen zu können und andererseits ihren Kontostand ausdrucken zu können.

+ Kontoauszug

In der Vorlage wird dargestellt, dass der Geldautomat Marienhof ca. 1 Km Fußweg von der SB-Filiale Moorweg entfernt ist. Dieses ist für den einen oder anderen älteren Mitbürger schon eine längere, evtl. auch zu lange Entfernung.

Aus den obigen Gründen ist die geplante Schließung der SB-Filiale am Moorweg insbesondere für die Älteren unglücklich.

Es wäre auch begrüßenswert, wenn es im gesamten Stadtgebiet in einem jeweils zumutbaren Radius auch für ältere Menschen möglich ist, Bargeld abzuheben, einzahlen zu können sowie ihren Kontostand auszudrucken zu können.

+ auszug